

Protokoll Nr. 5 (2015-2019)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 15.10.2015 im Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 22:00 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|------------------|
| a) vom Beirat | Frau Baasen | Herr Carstens |
| | Frau Chaudhuri | Herr von Cossel |
| | Frau Dumas | Frau Eickelberg |
| | Herr Fischer | Herr Golinski |
| | Herr Hasselmann | Herr Heck |
| | Herr Kostka | Herr Matuschak |
| | Herr Pastoor | Frau Schmidt |
| | Frau Schneider | Herr Dr. Schober |
| | Herr Thieme | |
| b) vom Ortsamt | Frau Dr. Mathes | |
| | Herr Berger | |
| c) Gäste | Frau Kodré (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport) | |
| | Frau Holländer, Herr Levin, Frau Stange (Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße) | |
| | Frau Hermann-Weide (Senatorin für Kinder und Bildung) | |
| | Herr Erleben (Vaja e.V.) | |
| | Herr Bergemann (Polizeirevier Schwachhausen) | |

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das schriftlich vorliegende Protokoll der Sitzung Nr. 4 am 24.09.2015 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Herr Modder, im Rahmen seiner Aufstiegsausbildung bis 31.03.2016 Leiter des Polizeireviers Schwachhausen, stellt sich vor und lädt zum Schwachhauser Sicherheitstag am 07.11.2015, 11-15 Uhr, ins Schwachhauser Revier ein.

Frau Kettler, Mitglied im Aufsichtsrat des Martinsclubs Bremen e.V., berichtet, dass der Martinsclub beabsichtige, in der Delbrückstraße 16 ab März 2016 die erste Bremer inclusive Wohngemeinschaft für Student/innen und Menschen mit Beeinträchtigungen einzurichten. In der Zwischenzeit werde die Immobilie von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport genutzt, um dort seit zehn Tagen 22 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterzubringen. Als Träger sei der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) tätig. Frau Kettler bedankt sich für die starke Unterstützung aus der Nachbarschaft.

Frau Eickelberg reicht einen Bürgerantrag ein, mit dem sie sich für Baumschutzmaßnahmen in der Benquestraße einsetzt.¹

Frau Dr. Mathes sichert zu, diesen Bürgerantrag in der kommenden Woche dem Ausschuss „Energie, Umwelt und Stadtentwicklung“ vorzulegen. Außerdem bittet sie das Polizeirevier, die Örtlichkeit zu inspizieren.

¹ Der Bürgerantrag ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

Frau Brinks, Mitglied im Elternbeirat der Grundschule an der Carl-Schurz-Straße, erkundigt sich, ob es neue Informationen zu dem Hortangebot der Ev. St. Ansgarii-Gemeinde gebe, das von der Gemeinde im Sommer 2016 aufgegeben werde. Die vom Elternbeirat ermittelten Bedarfe für das Schuljahr 2016/ 17 überstiegen bereits jetzt die gegenwärtig vorhandenen Hort-Kapazitäten.

Frau Dr. Mathes erklärt, dass dem Ortsamt keine neuen Informationen vorlägen.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass inzwischen auch der zweite Bauabschnitt zur Sanierung des Geteteichs weitgehend abgeschlossen sei.² Allerdings sei es ungewiss, wann mit der geplanten Sanierung des Buchenwegs begonnen werden könne, da die Maßnahme durch die gegenwärtige Haushaltssperre blockiert sei. Da sich im neuen Jahr die „haushaltslose Zeit“ anschließe, sei mit einer Umsetzung dieser Maßnahme möglicherweise erst im Sommer oder Herbst 2016 zu rechnen.

Auf den Hinweis von Herrn Dr. Schober, dass der Geteteich nach wie vor abgesperrt sei, erwidert Frau Dr. Mathes, dass noch Restarbeiten auszuführen seien und sich das Ortsamt im Übrigen weiterhin kümmern werde.

TOP 2: Übergangseinrichtung für Flüchtlinge in der Kurfürstenallee 23a

Frau Dr. Mathes weist eingangs darauf hin, dass dem Beirat zu diesem Tagesordnungspunkt ein interfraktioneller Beschlussvorschlag als Tischvorlage vorliege.³

Frau Kodré erläutert zunächst die Situation, in der sich Bremen gegenwärtig befinde:

- Das Bundesland nehme augenblicklich ca. 1.500 Flüchtlinge im Monat auf. Hiervon blieben 80% in Bremen, 20% kämen nach Bremerhaven;
- entsprechend dieser Aufnahmezahlen müssten kurzfristig viele Menschen notdürftig untergebracht werden;
- die im Frühjahr 2015 angedachte und dann realisierte Unterbringung in Zelten für die Sommerzeit – als vorübergehende Maßnahme – und die anschließende Unterbringung in im Herbst fertigzustellenden festen Unterkünften erschien angesichts der damaligen Aufnahmezahlen als ausreichend;
- diese Annahmen seien inzwischen überholt, so dass zur Unterbringung nun auch auf Schul-Turnhallen zurückgegriffen werde. Diese Form der Unterbringung sei für alle Beteiligten eine schlechte Lösung;
- gegenwärtig werde das Registrierungssystem ausgebaut, um die bestehende Warteliste abarbeiten zu können. Neben der bestehenden Registrierungsstelle in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) gebe es jetzt eine zweite in der Scharnhorst-Kaserne;
- dort und an anderen Standorten sei glücklicherweise inzwischen die Bundeswehr sehr engagiert.

Zu der beabsichtigten Unterbringung von Flüchtlingen in der Kurfürstenallee 23a erklärt sie, dass

- es sich um ein seit längerem leer stehendes Bürogebäude sowie die benachbarte Villa handele. Beide Gebäude sollen angemietet werden;
- das Sozialressort im Gespräch mit dem Besitzer sei. Ein Mietvertrag sei noch nicht abgeschlossen, hierfür müssten noch Details geklärt werden;
- es beabsichtigt sei, im ehemaligen Bürogebäude 110 Flüchtlinge unterzubringen. Es handele sich dabei um Familien, Alleinerziehende und Alleinreisende;
- es inzwischen Pläne für die notwendigen Umbauten gebe. Es müssten zentrale Sanitär- und Küchenbereiche geschaffen werden, um die Selbstversorgung der Flüchtlinge zu ermöglichen. Außerdem sei die Anlage eines zweiten Rettungsweges notwendig;
- sich Deutschkurse für die Flüchtlinge eventuell nicht sofort schaffen ließen. Gegenwärtig stehe nicht ausreichend Personal zur Verfügung;

² Zum Inhalt des zweiten Bauabschnitts sei auf die Präsentation von Umweltbetrieb Bremen (UBB) im Fachausschuss „Bau, Stadtentwicklung, Umwelt und Energie“ am 03.07.2014 verwiesen, siehe unter http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Pr.%2034%2003.07.14_An1_I%20Gestaltung%20Geteteich.pdf.

³ Der interfraktionelle Beschlussvorschlag ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

- sich die benachbarte Villa für die Unterbringung von Flüchtlingen nicht eigne, da die Anforderungen, die seitens der Feuerwehr und der Bauordnung erhoben würden, dort nicht umsetzbar seien. Es werde deshalb überlegt – auch in Zusammenarbeit mit der Zwischenzeitzentrale (ZZZ) – diese Räumlichkeiten an Dritte zu vermieten.

Herr Matuschak erklärt, dass die Fraktion der CDU den interfraktionellen Antrag unterstütze. Gleichzeitig unterstütze sie aber auch den heute im Deutschen Bundestag mehrheitlich befürworteten „Asylkompromiss“. Die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten auszuweiten, sei sinnvoll, denn in der ersten Jahreshälfte 2015 stammten 45% der Flüchtlinge aus verschiedenen Staaten der Balkanregion. Auch sei es wichtig, zu Gunsten dauerhaft hier lebender Flüchtlinge voraussichtlich aussichtslose Asylanträge schnell zu bescheiden und für eine Rückführung der betreffenden Personen zu sorgen. Die CDU werde deshalb auch in Schwachhausen zukünftig „genauer hinschauen“.

Herr Heck stellt daraufhin einen Antrag zur Geschäftsordnung und fordert damit eine inhaltliche Beschränkung auf die Unterbringung von Flüchtlingen in der Kurfürstenallee 23a.

Nach Gegenrede von Herrn Matuschak wird der Antrag von Herrn Heck einstimmig bei einer Enthaltung unterstützt.

Auf Nachfragen aus dem Beirat und von Anwohner/innen erklärt Frau Kodré, dass

- Mietverträge für Übergangswohnheime üblicherweise für 7,5 bis 10 Jahre geschlossen würden. Ansonsten würden sich die notwendigen Investitionen nicht rechnen;
- sie ein Bezugsdatum nicht nennen könne. Zunächst müsse der Mietvertrag geklärt werden, dann schließe sich das Baugenehmigungsverfahren an. Es sei damit zu rechnen, dass es noch Monate dauern werde;
- noch nicht feststehe, welcher Träger die Einrichtung übernehmen werde;
- sich die bisherigen Übergangswohnheime gut in die Stadtteile integrierten, mit der Nachbarschaft gut zurecht kämen und viel ehrenamtliche Unterstützung erhielten;
- sich die Gemeinschaftsräume ebenfalls im ehemaligen Bürogebäude ansiedeln ließen und hierfür nicht auf die Räume der Villa zurückgegriffen werden müsse. Zusätzliche Räume für das Übergangswohnheim in der Villa seien aber vorstellbar. Eine Nutzung der Villa für reguläre Kindertagesbetreuung sehe sie hingegen nicht, weil die geforderten Standards inzwischen sehr hoch seien;
- die Baugenehmigungsverfahren in Zusammenarbeit mit der Bauordnung und der Feuerwehr inzwischen sehr schnell abgewickelt würden. Das Brandschutzkonzept müsse allerdings der Eigentümer einreichen. Erst wenn dieses Konzept als ausreichend akzeptiert würde, könne eine Baugenehmigung erfolgen;
- das Wohnheim gemischt belegt werde. Sicherlich lebten dort dann mehr Menschen als in anderen Schwachhauser Wohnräumen. Unter den Bewohner/innen werde es auch einige Jugendliche gebe, die aber in den Tagesablauf integriert seien;
- es sich bei den Alleinreisenden überwiegend um männliche Personen handle;
- es zumindest nachts einen Sicherheitsdienst geben werde. Ob der Sicherheitsdienst auch am Tag anwesend sein werde, hänge von den Erfordernissen vor Ort ab. Auf jeden Fall werde es aber „rund um die Uhr“ Ansprechpersonen für die Nachbarschaft geben;
- die personellen Ressourcen des Ressorts gegenwärtig so ausgelastet seien, dass die Unterstützung bei der Berufsorientierung tatsächlich nicht ausreichend sei.

Herr Möhlenbrock (Vahrer Ausbildungsmentoren) bemängelt, dass die von ihm und anderen bei senatorischen Dienststellen und politischen Entscheidungsträgern unterbreiteten Vorschläge, über ein Patenschaftsmodell jugendliche Flüchtlinge an berufliche Orientierung und Ausbildung heranzuführen, bisher nicht berücksichtigt worden sei. Er begrüße es, sollten am Standort Kurfürstenallee Räumlichkeiten für Ehrenamtliche und Pat/innen zur Verfügung stehen.

Frau Schneider betont, dass der Beirat Schwachhausen selbstverständlich die Einrichtung eines Übergangswohnheims in der Kurfürstenallee 23a unterstütze. Andere Stadtteile beherbergten inzwischen vier bis fünf Unterkünfte und seien damit deutlich stärker betroffen. Es sei wichtig, die Flüchtlinge, die gegenwärtig in Zelten untergebracht seien, „je schneller umso besser“ anderweitig unterzubringen. Dort herrschten kaum Privatsphäre und ein erheblicher

Lärmpegel. Viele Ehrenamtliche ständen bereit, um sich zu engagieren. In der Kurfürstenallee lasse sich verfahren wie in der ehemaligen Einrichtung an der Thomas-Mann-Straße und ebenso wie es für die kommende Einrichtung in der Gabriel-Seidl-Straße geplant sei: Der Träger der Einrichtung werde für die Anwohner/innen telefonisch erreichbar sein und auch sie selbst werde bei Fragen zur Verfügung stehen. Im Übrigen biete sie Interessierten und Unschlüssigen an, sie in eine bestehende Einrichtung zu begleiten und sich ein eigenes Bild zu machen. Ängste beständen überall, wo Übergangwohnheime geplant seien: Selber in Kontakt zu gehen, helfe Befürchtungen abzubauen.

Sie verweist darauf, dass über die Handwerkskammer, die Handelskammer und das Paritätische Bildungswerk bereits Initiativen zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und zur Vermittlung in Praktika und Ausbildungsplätze ergriffen worden seien.

Auch Frau Schmidt begrüßt die geplante Einrichtung und hofft, dass die Geflüchteten auf diesem Weg besser Fuß fassen könnten.

Herr Carstens sieht Schwachhausen unter der Beobachtung anderer Stadtteile, ob denn der Stadtteil auch einen Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen leiste. Schwachhausen müsse deshalb ein deutliches Signal setzen. Vorrangig müssten alle Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden, eine Auswahl vor Ort zwischen „guten“ und „nicht-guten“ Flüchtlingen sei nicht möglich.

Herr Matuschak sieht seine Äußerungen falsch verstanden. Es gebe Menschen, die die große Anzahl von Flüchtlingen kritisch sähen und besorgt seien. Auch diese Menschen müssten ernst genommen werden. Deshalb sei es wichtig, dass nachvollziehbar sei, was geschehe. Er habe die Bitte, dass die notwendigen Verfahrensschritte schnell abgewickelt würden und die Einrichtung bald zur Verfügung stehe.

Herr Dr. Schober verweist auf die guten Erfahrungen mit der Übergangseinrichtung in der Thomas-Mann-Straße. Auch dort habe es im Vorfeld Sorgen und Befürchtungen gegeben, die sich aber nicht bestätigt hätten. Eine kleinere Einrichtung wie in der Kurfürstenallee biete bessere Möglichkeiten als eine Unterbringung in größerer Anzahl in Zelten und schließe bestimmte Probleme von vornherein aus.

Anschließend stellt Frau Schneider den interfraktionellen Antrag vor.

Herr Heck beantragt eine Ergänzung: Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport solle in Abstimmung mit der Senatorin für Kinder und Bildung prüfen, ob in der an das Bürogebäude angrenzenden Villa, die Teil des Mietverhältnisses sein soll, Räume für ehrenamtliche Unterstütz/innen, Ausbildungspat/innen, Kinderbetreuung und Hort sowie im weitesten Sinne Projekte, die der Integration der Bewohner/innen des Übergangwohnheims dienen, bereitgestellt werden können.

Herr Hasselmann beantragt als weitere Ergänzung eine zügige Bearbeitung des Baugenehmigungsverfahrens.

Frau Dr. Mathes lässt zunächst getrennt die Ergänzungsanträge von Herrn Heck und Herrn Hasselmann abstimmen: Sie werden beide vom Beirat einstimmig befürwortet.

Anschließend lässt sie den nunmehr ergänzten Gesamt-Antrag abstimmen: Auch dieser wird einstimmig vom Beirat verabschiedet.⁴

TOP 3: Förderzentrum Fritz-Gansberg-Straße

Frau Dr. Mathes bedankt sich zunächst bei Frau Holländer für die Gastfreundschaft des Förderzentrums. Sie erinnert daran, dass bereits auf einer gemeinsamen Fachausschusssitzung über das Außengelände der Schule und dessen Nutzung gesprochen worden sei. Die damals erhobenen Forderungen seien zum Teil abgearbeitet, zum Teil noch offen.⁵

⁴ Der beschlossene Antrag findet sich auf der Homepage des Ortsamtes unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.12440.de>.

⁵ Die Fachausschüsse „Bildung, Jugend und Sport“ und „Integration, Soziales und Kultur“ haben auf einer gemeinsamen Sitzung am 09.07.2015 folgende Forderungen erhoben: „Die Fachausschüsse bitten die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Immobilien Bremen und Umweltbetrieb Bremen, umgehend folgende Missstände zu beheben: das Loch im rückwärtigen Zaun des Schulhofs zu schließen, das Abstellen von Pkws auf dem Schulhof zu unterbinden, das defekte Schloss im Tor zum Schulgelände zu ersetzen, den Grünwuchs zurückzuschneiden, um das Gelände einsehbarer zu machen und ein Schild aufzustellen, das die (außerschulischen) Nutzungszeiten und Nutzergruppen des Schulhofs regelt.“

Frau Holländer stellt das Förderzentrum vor. Sie erklärt:

- Im Jahr 2016 werde das Schulgebäude 40 Jahre alt sein;
- gegenwärtig beherberge das Gebäude das ReBUZ Ost und das Förderzentrum für den Bereich sozial-emotionale Entwicklung;⁶
- das Förderzentrum sei das einzige seiner Art in Bremen. Entsprechend besuchten Schüler/innen aus der gesamten Stadt dieses Förderzentrum;
- im Zuge der Inklusion sollte das Förderzentrum ursprünglich geschlossen werden. Es sei aber erkannt worden, dass es zumindest zeitweise weiter benötigt werde. Deshalb sei es rückwirkend wieder in das Schulgesetz aufgenommen worden und werde zunächst bis 31.07. 2018 fortbestehen. Eine weitere Prüfung solle dann klären, ob es weitere betrieben oder doch aufgelöst werde;
- die Schule sei vergleichsweise klein. Es gebe acht Lerngruppen mit max. acht Schülern, also insgesamt max. 48 Schülern. Es gebe einen Grundschul- und einen Oberschul-Bereich und zumindest theoretisch auch die Klassenstufen 1 bis 10. Gegenwärtig seien nur Jungen bzw. männliche Jugendliche an der Schule. Die Aufnahme von Mädchen in den Grundschul-Bereich sei denkbar und habe auch bereits stattgefunden, im Bereich der Oberschule sehe sie jedoch keine Möglichkeit, ein Mädchen aufzunehmen;
- Aufnahme an der Schule fänden „extrem verhaltensauffällige“ Schüler, für die aber zunächst ein Gutachten durch das ReBUZ angefertigt werden müsse. Die Entscheidung über die Aufnahme liege anschließend bei der zuständigen Schulaufsicht;
- im Förderzentrum werde am Verhalten der Schüler gearbeitet. Ziel sei es, den Schülern wieder den Besuch des Regelunterrichts zu ermöglichen. Erfahrungsgemäß seien die Schüler ein bis zwei Jahre am Förderzentrum, der Übergang in die Regelschule werde vom Förderzentrum begleitet;
- am Förderzentrum unterrichteten Sonderpädagog/innen und ein Grundschullehrer. Vor Jahren seien auch Psycholog/innen und Sozialpädagogen/innen im Kollegium gewesen. Dies sei leider nicht mehr der Fall, aber sehr wohl wünschenswert;
- der tägliche Unterricht ende um 12.50 Uhr, anschließend besuchten die Schüler zum Teil noch wohnort-nah die Integrierte Heilpädagogische Tageserziehung (IHTE);⁷
- schon seit Jahren seien keinerlei grundlegende Sanierungsarbeiten am Gebäude vorgenommen worden, lediglich „Flickschusterei“. Entsprechend befinde sich die Schule in einem sehr schlechten Zustand.

Frau Hermann-Weide ergänzt, dass mit der Schulreform und der Einführung der Inklusion die an den Schulen tätigen Psycholog/innen und viele Sozialpädagogen/innen in den ReBUZ zusammengefasst worden seien. Wenn eine Beschulung verhaltensauffälliger Kinder an den Regelschulen nicht mehr möglich sei, sei eine bis zu einjährige Beschulung in den ReBUZ möglich. Sie sei froh, dass das Förderzentrum noch bestehe und Kinder sowie Jugendliche, die auch in den ReBUZ nicht beschult werden könnten, auffange. Eine neuerliche Ausstattung mit Psycholog/innen und Sozialpädagogen/innen sei aus ihrer Sicht nötig. Letztlich seien aber sowohl der Fortbestand der Schule wie auch deren Ausstattung eine politische Entscheidung.

Frau Stange erklärt, dass es bei schwierigen Situationen im Unterricht früher möglich gewesen sei, die Psycholog/innen zu Hilfe zu holen. Heute könnten dies teilweise Kolleg/innen übernehmen, ansonsten bleibe nur, den betreffenden Schüler in einen anderen Raum oder nach draußen zu schicken. Im Extremfall müssten die Eltern den Schüler abholen.

Herr Lewin dokumentiert an Hand verschiedener Fotografien den desolaten baulichen Zustand der Schule. Zu nennen sind:

- von außen eindringende Feuchtigkeit sowie Schimmelbildung;
- von Externen verursachte Schäden an Glasscheiben und Rollos;
- nicht mehr zu öffnende Rollos;

⁶ Weitere Informationen zum Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum (ReBUZ) Ost finden sich unter <http://www.rebuz.bremen.de/index.php/rebuz-ost>.

⁷ Die Integrierte Heilpädagogische Tageserziehung (IHTE) ist ein Angebot, das sich an Kinder im Grundschulalter mit Verhaltensauffälligkeiten, Behinderungen und Entwicklungsstörungen richtet.

- undichte und erblindende Fenster (-scheiben);
- fehlende Abdeckungen an den Außenwänden sowie defekte Isolierungen.

Frau Schneider zeigt sich schockiert vom Zustand der Schule. Bereits vor einigen Jahren sei die Schule sanierungsbedürftig gewesen, daran habe sich offenbar nichts geändert. Gegenüber den Schülern sei dies nicht wertschätzend. Unabhängig davon, wie lange die Schule noch bestehen werde, müsse sie umgehend saniert werden.

Frau Baasen stimmt dieser Sichtweise zu. Die Räume müssten so gestaltet sein, dass sich die Schüler nicht aufgegeben fühlten. Die Kosten für präventive Maßnahmen seien jedenfalls geringer als für nachsorgende Maßnahmen.

Herr Heck mutmaßt, dass es sich bei dem Areal um ein Sahngrundstück handele, sollte es zum Verkauf angeboten werden, und stellt den Antrag, dass der Beirat jeden zukünftigen Verkauf ablehnen werde.

Frau Hermann-Weide teilt mit, dass ihr von Verkaufsabsichten nichts bekannt sei. Es treffe aber zu, dass eine Sanierung nur in „Extremfällen“ vorgenommen werde. Bisherige Berechnungen gingen im Falle des Förderzentrums von einem zweistelligen Millionenbetrag für eine grundlegende Sanierung aus.

Herr Kostka hat kein Verständnis für den Zustand der Schule und regt einen Ortstermin mit der Senatorin für Kinder und Bildung an.

Herr Pastoor fordert, dass die Planungen für das Förderzentrum „schwarz auf weiß“ von der Senatorin vorgelegt werden müssten.

Zur Nutzung des Außengeländes außerhalb der Schulzeit berichtet Herr Erxleben, dass Mitarbeiter/innen von Vaja e.V. häufig vor Ort gewesen und mit den Jugendlichen ins Gespräch gekommen seien. Meist hätten sie die Jugendlichen bei sportlichen Aktivitäten angetroffen. Er gehe davon aus, dass die abendlichen Aktivitäten, die dann zum Teil auch mit Sachbeschädigungen und Störungen der Nachbarschaft einhergingen, im Winterhalbjahr nachließen. Andererseits liege die Örtlichkeit sehr versteckt und habe damit für Jugendliche einen besonderen Reiz.

Herr Bergemann räumt ein, dass sich die beschriebene Problematik vermutlich nicht vollständig bereinigen lasse. Er selbst sei aber immer wieder vor Ort und er habe den Einsatzdienst in der Vahr gebeten, in den Abendstunden und am Wochenende Streifen zu schicken.

Frau Dr. Mathes fasst die Diskussion zusammen und lässt getrennt über folgende Forderungen abstimmen:

- Der Beirat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, frühzeitig in die Überlegungen zur Zukunft der Schule und des Standorts einbezogen zu werden – der Beirat stimmt dieser Forderung einstimmig zu;
- der Beirat lehnt einen eventuellen Verkauf des Grundstücks ab – der Beirat stimmt dieser Forderung mit acht Ja- und fünf Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu;
- der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, umgehend die baulichen Mängel zu beheben – der Beirat stimmt dieser Forderung einstimmig zu;
- der Beirat bittet die die Senatorin für Kinder und Bildung um einen Ortstermin für eine gemeinsame Begehung der Schule zusammen mit der Schulleitung – der Beirat stimmt dieser Forderung ebenfalls einstimmig zu.

Anschließend stimmt auf Nachfrage von Frau Dr. Mathes der Beirat auch dem vorliegenden Globalmittelantrag des Förderzentrums einstimmig zu.⁸

TOP 4: Votum zur geringfügigen Veränderung der Schuleinzugsgrenzen der Grundschule Baumschulenweg

Frau Dr. Mathes erklärt, dass die Senatorin für Kinder und Bildung eine geringfügige Änderung der Einzugsgrenzen vorschläge und damit im Grunde die Schuleinzugsgrenze an die Stadtteil-

⁸ Der Globalmittelantrag ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

grenze angeglichen werde.⁹ Der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ schlage vor, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Der Beirat befürwortet einstimmig die Veränderung der Schuleinzugsgrenzen.

TOP 5: Versuchsergebnisse zum Parken am Concordiatunnel

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass in einem Modellversuch untersucht worden sei, ob ein zeitweises Halteverbot (morgens zwischen 7 und 10 Uhr) an der Schwachhauser Heerstraße zwischen Hollerallee und Bismarckstraße den Verkehrsfluss stadteinwärts positiv beeinflusse. Das Gutachten, das zu diesem Vorhaben erstellt worden sei, liege vor und sei gestern öffentlich vorgestellt worden.¹⁰ Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bitte den Beirat nun um ein Votum zur weiteren Parkanordnung am Concordiatunnel.¹¹

Herr Matuschak hält fest, dass das Gutachten davon ausgehe, dass bei einem zeitweisen Halteverbot der Verkehrsfluss zwischen Hollerallee und Bismarckstraße besser sei, ohne dass sich das Verkehrsaufkommen insgesamt erhöhe. Der Senator habe erkennen lassen, dass er ein zeitweises Halteverbot befürworten werde. Zu dem vorliegenden Antrag der Grünen schlage er vor, diesen zurückzustellen und ggf. einen Ortstermin durchzuführen.

Frau Schneider gibt eine persönliche Erklärung ab: Sie werde zur weiteren Parkanordnung am Concordiatunnel keine Stellung nehmen, da der Senator bereits öffentlich erklärt habe, wie er zu entscheiden gedenke. Dies entspreche nicht den ursprünglichen Absprachen, die zunächst ein Votum des Beirats vorgesehen hätten.

Herr Dr. Große Herzbruch (sachverständiger Bürger im Fachausschuss „Verkehr“) schließt sich den Ausführungen von Herrn Matuschak an und ergänzt, dass das Gutachten auch ein ganztägiges Parkverbot auf Höhe der Straßenbahnhaltestelle Parkallee empfehle, um die Sicherheit der querenden Radfahrer/innen und Fußgänger/innen zu erhöhen.

Herr Pastoor erinnert daran, dass die Handelskammer und die Bremer CDU den Modellversuch und das Gutachten zur Voraussetzung für eine Zustimmung zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) gemacht hätten. Das Gutachten stelle nun fest, dass der fragliche Straßenabschnitt – egal ob mit einer oder zwei Fahrspuren – den morgendlichen Verkehr aufnehmen könne, dass zwei Fahrspuren leistungsfähiger seien als eine und dass der Zeitgewinn, wenn beide Fahrstreifen zur Verfügung ständen, in der Hauptverkehrszeit bei knapp 30 Sekunden liege. Er gehe jedoch davon aus, dass sich der Zeitgewinn an den nächsten beiden Ampeln wieder aufhebe. Bei einer zweispurigen Fahrbahn werde es für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen gefährlicher, die Straße zu überqueren. Die Probleme des Verkehrsflusses seien nicht von der Parkanordnung verursacht, sondern von der Leistungsfähigkeit der Kreuzungen an der Schwachhauser Heerstraße. Die SPD trete deshalb dafür ein, die Parkplätze an dieser Stelle zu erhalten.

Herr Heck stellt folgenden Antrag: „Es bleibt, wie es ist.“

Frau Dr. Mathes lässt über diesen Antrag abstimmen: Der Beirat stimmt ihm mit zehn Ja- und sechs Nein-Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Der Beirat kommt überein, den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen in den Fachausschuss „Verkehr“ zu überweisen.

TOP 6: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecherin
Schneider

Vorsitzende
Dr. Mathes

Protokoll
Berger

⁹ Es handelt sich um die Straßen Riensberger Straße bis Ecke Friedhof, Unter den Eichen, Emanuelstraße und Ernst-Grohne-Weg, die von der Grundschule Horner Heerstraße an die Grundschule Baumschulenweg fallen sollen.

¹⁰ Das Gutachten ist als **Anlage 4** diesem Protokoll angefügt.

¹¹ Dem Beirat lag als Tischvorlage auch ein Antrag der Fraktion der Grünen zur Straßenbahnhaltestelle Parkallee vor. Dieser ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.